

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Pfersmann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Büchelstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8900. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anpreisungsbücher
für die sechsseitige Kolonellsche 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Vom Einzelbetrieb zum Elektromontantrust

Industrielle Konzentrationen und ihre Geschichte

Vorbemerkung.

„Alles ist und ist auch nicht, denn alles ist in stetem Werden und Vergehen begriffen, alles fließt.“ Diese Worte des altgriechischen Philosophen Heraclit gelten auf keinem Gebiete mehr, als dem der industriellen Entwicklung. Alles fließt! Niemals war dieses Wort mit größerem Recht anzuwenden, als gerade heute. Der Volkswirt der Gegenwart ist kaum mehr in der Lage, die täglich in immer wechselnden Variationen sich vollziehenden Ummwälzungen der industriellen Physiognomie zu registrieren, geschweige denn eingehend zu verfolgen.

Das industrielle Proletariat hat alle Ursache, am tausendsten Wechsellager der Zeit den treibenden Pulsschlag zu erforschen und den Ursachen nachzuforschen, die der neuesten Entwicklung der deutschen Industrie zugrunde liegen. Bezeichnete man die neunziger Jahre des vorigen und die ersten des jetzigen Jahrhunderts als Sturm- und Drangperiode des Kapitalismus, so kann man das mit noch zahlreicheren Gründen von der Jetztzeit behaupten. In den Falken dieser revolutionären Entwicklung liegen die Keime verborgen, die zur vollständigen Emanzipation der Arbeiterklasse führen.

Wer regiert heute in Deutschland? Die Herrscher der Industrie: Stinnes, Bögeler, Rödner, Thyssen, Kirdorf, Stumm und wie sie noch heißen mögen! Warum regieren sie, weshalb besitzen sie einen so entscheidenden Einfluß auf die Volkswirtschaft, wie auf das gesamte öffentliche Leben? Diese Herren sind samt und sonders herzlich schlechte Politiker. Sie betreiben eine parlamentarische Nebenerkennung, um weltumwälzende Staatspolitik zu verhandeln oder mit glühenden Worten dem Volke neue politische Wege zu weisen. Aber was ihnen eigen ist und vermöge dessen sie diesen Einfluß ausüben, ist die Tatsache, daß sie genau so genau die Wirtschaft des Lebens sind; sie sind in der Lage, die in ihren Händen befindlichen Produktionsmittel anzuwenden, zu riesenhaften Kombinationen zu greifen, um ihre Macht immer gefestiger zu machen. Man spricht von einer Stinnesregierung, ohne daß Stinnes äußerlich etwas mit der Regierung zu tun hat. Warum? Weil es einer Regierung heute gar nicht möglich ist, sich den Einflüssen dieses Mannes zu entziehen.

Es zeugt nicht von einer allzeitigen Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus der deutschen Arbeiterklasse, daß sie in den verflochtenen Jahren wenig Gewicht auf die Umänderung des Wirtschaftslebens legte, sondern glaubte, daß es genüge, die Monarchie zu beseitigen und die Ministeressel mit Sozialdemokraten zu besetzen. Gatten wir die Grundregeln des historischen Materialismus so wenig begriffen, monach alle Machtbefugnisse vom Wirtschaftsleben ausgeht und alles andere nur den ideologischen Überbau darstellt? Die politischen Revolutionen werden solange als rein geschichtliche Episoden, ohne tiefere ökonomische Spuren zu hinterlassen, vorüberzugehen, als es der industriellen Arbeiterklasse nicht gelingt, die ökonomischen Zusammenhänge in ihrer ganzen Verwickeltheit zu erkennen und daraus folgend nicht die Möglichkeit besteht, aus ihren Reihen genügend Köpfe hervorzubringen, die in der Lage sind, das Wirtschaftsleben in all seinen Verflechtungen zu überschauen und diesen kunstvollen Apparat im Sinne des Sozialismus umzustellen. Das sind die Vorbedingungen zu jeder durchgreifenden sozialen Revolution.

Daß die Arbeiterklasse in breiten Schichten dieser Tatsache selber fast keine Beachtung schenkt, sondern an das alleinige Alibi: Eroberung der politischen Macht glaubt, braucht hier nicht des näheren auseinanderzusetzen zu werden. Deshalb auch die Anbetung der rohen Gewalt, die Verehrung der bewaffneten proletarischen Macht. Das Beispiel des Bolschewismus sollte uns zu denken geben. Deshalb müssen die Bolschewisten einen Urnsatz nach dem andern preisgeben? Weil es ihnen nicht gelingt, das Wirtschaftsleben aufzubauen und es ihnen an Kräften fehlt, diesen Aufbau vorzunehmen. Hätten die Kommunisten Russlands neben ihrer roten Armee ein kleines Heer geschulter Proletarier, ausgerüstet mit allen Kenntnissen des modernen Wirtschaftslebens, dann brauchte der Bolschewismus nicht zu liquidieren. Die Arbeiterklasse denkt zu wenig an das Wort Friedrich Engels: Der Sozialismus ist die Internationalisierung der gesamten Wissenschaften. In erster Linie ist der Sozialismus eine Theorie der Volkswirtschaft, weil er sich, in Konsequenz der materialistischen Geschichtsauffassung, auf einer bestimmten Entwicklungsstufe derselben aufbauen muß. Und so ist es dringendes Erfordernis, die Arbeiterklasse mit der modernen Volkswirtschaft vertraut zu machen. Die Kämpfe innerhalb der Arbeiterklasse würden sich in wesentlich milderen Formen vollziehen, hätte die Mehrzahl der Arbeiterklasse eine Ahnung, wie unendlich groß die Schwierigkeiten sind, die sich bei der Durchführung des Sozialismus auf wirtschaftlichem Gebiete in den Weg stellen.

Aber auch noch aus einem anderen Grunde sind wirtschaftliche Kenntnisse notwendig. Die sicheren Erfolge einer militärischen Strategie wurzeln in der genauen Erfassung der Position des Gegners, seiner Stärke, seiner Verteidigungsmittel, seiner Reserven usw. So muß auch das Proletariat alle Mittel anwenden, um die Positionen seines Gegners, des Kapitalismus, zu erforschen. Der soziale Krieg erfordert ebenfalls leichte Beweglichkeit der Taktik unter Anpassung an die Verhältnisse und unter Berücksichtigung der Stärke der Kapitalisten. Es ist nur leider eine unumgängliche Tatsache, daß die industriellen Kapitalisten die Waffe der Organisation für sich zu einer starken Festung ausbauen. Sie sind nicht nur läckenlos in Arbeitgeberverbänden organisiert, sondern sie haben es auch verstanden, das ganze Wirtschaftsleben

organisatorisch zu ihren Gunsten umzugestalten. Was sind die Trübsal der Gegenwart, mit deren Wesen wir unsere Kollegen vertraut machen wollen, andres als Resultate einer musterhaften Organisation. Und diese neueste Entwicklung wird den zukünftigen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit ihren Stempel aufdrücken. Sie wird die Arbeiterklasse zwingen, sich ihr anzupassen; sie wird die Arbeiterklasse veranlassen, ihre Organisation auszubauen und umzugestalten. Es geht um Sein oder Nichtsein. Unsere Taktik wird in Zukunft nicht vom Exekutivkomitee irgend einer Internationalen vorgegeben werden können, sondern sie hängt ab von der Beschaffenheit unserer Gegner. Deshalb wirtschaftliche Aufrüstung! Wenn die in der „Metallarbeiter-Zeitung“ jetzt folgenden Artikel, in denen wir versuchen wollen, die Entwicklung der deutschen Industrie bis zur jetzt erfolgenden Vertiefung kurz zu skizzieren, weil dies zum Verständnis der gegenwärtigen Konzentrationsbewegung notwendig ist, zu dieser Erkenntnis beitragen sollten, würden wir dies als einen nicht gering anzuschlagenden Erfolg begrüßen. Selbstverständlich kann es sich hier nur um ganz grobe Umrisse der geschichtlichen Entwicklung handeln, wobei wir weniger den Werdegang der Industrie, sondern in der Hauptsache deren Formen berücksichtigen. Zum Schluß folgt eine statistische und tabellarische Darstellung der Trübsal und unsere Stellungnahme dazu, sowie eine Untersuchung über die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Kämpfe.

An der Wiege der modernen Industrie.

Auf den Schlachtfeldern der Befreiungskriege, die noch dem Willen der Potentaten beiläufige keine Befreiungskriege sein sollten, war mit der Fremdherrschaft auch die bürgerliche Revolution niedergeschlagen worden, und vereint machten sich Absolutismus und Feudalismus ans Werk, auch die letzten Spuren der großen Ummwälzung auszulöschen und wieder unmittelbar an das Jahr 1788 anzuknüpfen. Im Zeichen der heiligen Allianz standen sich die preussische Fuchtel, die österreichische Krone und der russische Kanjuch, um die Wälder mit den schlagen Segnungen des Despotismus zu beglücken. In ganz Europa wurde es Nacht. Allenfalls im Schwabenland sah die Junke wieder froh in den Sattel. Das Bürgerturn war wieder Kanaille.“ (Hermann Wendel: Heinrich Heine, Verlag Roden & Comp., Dresden.)

Von den glühenden Reden, in denen der große Philosoph Gottlieb Fichte 1812/13 die deutsche Jugend aufgerufen hatte, zu Empfinden für ein wahrhaftes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller Begeisterung für die Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblickten, für Freiheit, begehrt auf Gleichheit aller des besten, was Menschenamtlich trägt,“ war in den vier und vierzig Jahren des vorigen Jahrhunderts nichts mehr zu spüren. Und Hermann Wendel findet treffende Worte, wenn er in seinem oben erwähnten Buche schreibt:

„Während die Sturzflut der kapitalistischen Produktion, über der sich die englische und französische Bourgeoisie den schmachtesten Erwerbungen des Profits auf, löst allenthalben die wirtschaftliche Wasserbunnt verwandelt hatte, schlug sich die zurückgebliebene bürgerliche Klasse Deutschlands noch mit philosophischen Gespenstern wie mit Willkürlichkeiten herum.“

Der Kapitalismus in Frankreich und vornehmlich in England entwickelte sich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts riesenhaft. Die Erfindung der Dampfmaschine und deren Anwendung in der Industrie gab demselben einen mächtigen Impuls. Die Proletarisierung ging in England in großem Ausmaß vor sich. Die Fabriken wurden dort zu wahren Bastionen der Ausbeutung, Männer, Frauen und Kinder in ihren Bann ziehend. Diese Zustände hat Friedrich Engels in seinem Buche „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ in drastischer Weise geschildert. In dieser Zeit schwang in Deutschland eine dunkle Reaktion ihren Bogen. Von der Einführung einer Verfassung mit freiem Wahlrecht, von der Abschaffung der Hörigkeit der Bauern, von einer wahren Freiheit des Bürgerturns — Dinge, die man dem Volke feierlichst versprochen — war gar keine Rede mehr. Der Königreich preussischer Potentaten in Stillschob hatte alle den Bürgern gegebenen Versprechungen und die tausendfachen Hoffnungen gequälter Menschen eingelagert. Selbst die hochgehenden Flammen der Julirevolution 1830 in Paris vermochten zu einem schwachen Widerstand in Deutschland hervorzurufen. Der feindlich-königliche Militarismus, gelehrt von einer seltenen Dynastie, beherrschte das Feld:

Noch immer das höhere pedantische Volk,
Noch immer ein rechter Winkel,
In jeder Bewegung und im Schritt
Der eingefrorenen Dandl.
Es stehen noch immer so fest herum,
So kernengrad geschneidert,
Als hätten sie verschluckt den Stod,
Womit man sie einst geplagt.

Die literarischen Kreise des damaligen Preussentums beschränkten sich in Märchenwelt der Romantik, Romane und Romellen produzierend. Männer wie Helwig Heine, Börne und andere schillerten den Staub des untreuen Vaterlandes von ihren Häusern und gingen nach der europäischen Metropole der Freiheit, nach Paris.

Obwohl Kapoelen mit eisernem Schwamme verschiedene Gegend- und Flüßentümer und andere staatlche Akkupaturgebilde, in denen je ein bloßschiger „Landesherr“ seine Krone schwang, von der Landkarte des heutigen Deutschlands wegzewischt hatte, gab diese doch noch einem bunten Konglomerat von Stücken und Stücken. Sie waren mit Hellschlagskammern voneinander abgesperrt. Jeder Landesherren hatte seine eigenen Maß- und Gewichtseinheiten. Es ist unwichtig zu sagen, daß angesichts dieser politischen Zustände ein reges Industrieleben mit nennenswerten Export und Import und Handelsbeziehungen mit fremden Ländern, gleich den großen Nationalstaaten England und Frankreich, sich nicht entwickeln konnte. Nur in Rheinland-Bestfalen, wo die Traditionen der großen französischen Revolution noch lebendig waren und sich in etwas freibilligen Gesetzen auswirkten, machte eine lebensfähige Großindustrie schon verhältnismäßig früh die ersten Gehversuche, aber zu einer Zeit, als sie sich in England schon längst die Rinderfüße ausgebeten hatte.

Eine Industrie, auf Massenfabrikation eingerichtet, konnte naturgemäß nur da entstehen und sich entwickeln, wo Kohle und Eisen zuhause sind. Doch fanden sich diese Naturprodukte zu gegenseitiger Befruchtung in Deutschland verhältnismäßig spät. Wohl wurden Eisen, Zinn- und Bleierze schon seit Jahrhunderten in großer Zahl gewonnen, aber es fehlte dem Material der Verarbeitung, wie

der Eisenerz, im Ruhr- und Mittelgebirge, im Harzgebiet, an der Inne, im Bergischen und im Sauerland fanden sich Erze der verschiedensten Art. Sie wurden mit Holzkohle verhäutet. Insgesamt wurden im Jahre 1825 in der Rheinprovinz 561 Hütten- und Hammerwerke gezählt — keine sehr große Zahl, gemessen an den 743 Betrieben des einen Regierungsbezirks Arnberg, der sowohl das Siegerland als auch die Mark umfaßt; aber immerhin doch fast ein Drittel der für ganz Preußen mit 1837 Werken festgestellten Gesamtzahl. Im Jahre 1836 entfallen in den rheinischen Bezirken des Hauptbergbezirks Bonn 4837 Arbeiter auf die Steinöhlen- und 1026 auf die Braunkohleerzeugung, dagegen fast 10 000 auf Eisen- und noch reichlich 1500 auf die Metallindustrie.“ (Kurt Wiedenfeld: Ein Jahrhundert rheinischer Montanindustrie, Verlag Marcus & Weber, Bonn.) Die Zahl der Beschäftigten in der Eisenindustrie war also im Verhältnis damals eine recht große. Jedoch muß man bedenken, daß es sich nur um kleine Betriebe handelte, die sich in den Flußläufen angegliedert hatten, wobei das Wasser die Betriebskraft zu den „Hämmern“ lieferte.

Im Bergbau herrschte ebenfalls noch lange eine äußerst primitive Arbeitsweise vor. Man kannte fast nur den Ledebau, wo einestalls Stollen von Schächten aus in die Bergabhänge getrieben wurden oder Schachtbetriebe nur in geringer Tiefe zur Anwendung kam. Die einzige Betriebskraft stellte das Wasser dar wurde von Pferden geliefert. Dampfmaschinen kamen sehr langsam zur Anwendung. Selbst die Dampfmaschine erst im Jahre 1838 — also hundert Jahre später, nachdem sie von James Watt erfunden — die erste Dampfmaschine in Betrieb. Als Transportmittel für die Steinöhlen kam in erster Linie der Rhein in Betracht, auf dessen Ufer sie sogar in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts bis nach der Schweiz und Holland gelangte. Nach den Industriezentren der Rheingebirgsindustrie, Remscheid, Solingen u. a., die schon damals von Bedeutung waren, mußte die Steinöhlen in mühevoller Transport, teilweise auf dem Rücken der Pferde oder Menschen befördert werden. Deshalb gelangte die Steinöhlen erst verhältnismäßig spät zu der Bedeutung, die ihr zukam. Die „Bergwerke“ waren aus dem Grunde auch in ihrer Produktion nur sehr klein, entfielen doch nach Wiedenfeld nur 7 Bergleute auf ein Bergwerk.

Die Verfeinerung der Kohle, in England schon im 18. Jahrhundert zu weiterer Verbreitung gelangt, bahnte sich nur langsam ihren Weg. Der erste Hochofen, der zur Hochofenerzeugung aus Kohle benutzte, wurde in den vier Jahren im Saargebiet angeblasen, während an der Ruhr der erste Hochofen erst im Jahre 1848 von der Friedrich-Wilhelmshütte in Wilhelmshütte in Betrieb gesetzt wurde. Bis dahin benutzte man in der Gegend von Hagen noch Holzkohle zur Verfeinerung der Erze. Auch das Puddlingsverfahren kam nur allmählich in größerem Umfange zur Anwendung, obwohl schon 1824 die Hagenhütte damit den Anfang gemacht hatte.

Aus all diesen Verhältnissen heraus ist es erklärlich, daß die vertikale- und Unternehmungsformen sich dem Produktions- und Absatzmöglichkeiten anpaßten und klein blieben. Im Ruhrgebiet steht der Einzelbetrieb, der auf eine Stufe des Produktionsprozesses sich beschränkt. Der Kapitalbedarf der Unternehmen bis zur Mitte des Jahrhunderts war so gering, daß er von dem einzelnen Unternehmer in den meisten Fällen aufgebracht werden konnte. Im Hagenberg sind schon damals schon allerdings schon mangelhafte Unternehmungen, doch sind auch sie noch Kleinbetriebe, in gewerkschaften gegliedert, an denen vielfach der Knapps selbst beteiligt war. Nirgends denkt man schon an Zusammenlegungen, Konsolidationen. Kleinbetrieb und Kleinunternehmung sind noch vollkommen miteinander identisch; Kartellgesellschaften kommen noch nicht vor.“ (Wiedenfeld, S. 18.) Nur links des Rheins an der Inne und an der Ruhr (in der Gegend von Eschweiler und Wachen) entwickelten sich schon früh größere Unternehmen. Das aus der französischen Herrschaft stammende Konzeptionsystem wurde hier von einzelnen Bergwerksbesitzern benützt, um Betriebe zusammenzuliegen. Die Familie Englerth zum Beispiel hatte eine Reihe Gewerke konzentriert und beschäftigte 1830 schon 536 Bergleute. Das französische Recht gestattete auch Kartellgesellschaften zu gründen. So entstand im Jahre 1834 der Eschweiler Bergwerksverein und 1836 die Vereinigungsgesellschaft für Steinkohlenbergbau im Ruhrgebiet. Es waren dies die ersten Kartellgesellschaften, die den Steigung dieser Unternehmensform in Steinkohlenbergbau eröffneten.

Im Saarrevier war allerdings die Konzentration der Betriebe schon früh entwickelt. Der preussische Staat hatte schon Mitte des 18. Jahrhunderts fast alle Hüttenwerke in seine Hand gebracht. Im Jahre 1836 beschäftigte die Eisenerzeugung in den Saargebieten schon 1925 Arbeiter, jede Gewerke im Durchschnitt 175. Auch die Eisenindustrie des Saargebietes entfingere den Reigen mit den sogenannten „gemischten Werken“. Eisenbergwerke waren hier zugleich im Besitze von Hüttenwerken, die auch schon die Verarbeitung von Halbguß übernahmen. Die Industriedynastien — Böding, Krümer, Schilling, Stumm —, die noch heute in Deutschland eine große Rolle und auch jetzt wieder zum Teil Träger von Konzernen sind, spielten schon damals an der Saar eine große Rolle. Selbst das Stumm schon vor hundert Jahren die Hälfte aller Saarfürsten. Diese Konzentration in wenigen Händen trug nicht wenig dazu bei, die Erziehung von Hüttenwerken in größerem Maße vorzunehmen sowie Hüttenwerke und Bergwerke schon früh an der Saar in Betrieb zu setzen.

In den übrigen Bezirken des Rheinlandes kam diese Konzentration nur vereinzelt vor. Außer der Familie Hoesch, die in der Eisenerzeugung über Erzgärten und Hüttenwerke verfügte, der Familie Remig in Neuwied, die schließlich Besitz im Westfalen hatte, waren es nur einige Unternehmer des Ruhrgebietes, deren Betriebe über einen Produktionsprozess hinausgingen. Selbst Krupp ging erst 1830 dazu über, die Fertigfabrikation ebenfalls in eigenen Betrieben vornehmen zu lassen. Die Hüttenbergwerke und Handlung Jakob, Ganiel und Quissen verlegte, von der Gutehoffnungshütte aus ihre Betriebe zu erweitern. Und in der Tat war die Gutehoffnungshütte eines der ersten Werke, die den gesamten Produktionsprozess vom Rohmaterial bis zum Fertigprodukt beherrschte. In allgemeinen galt die Regel, daß die einzelnen Produktionsparten voneinander getrennt in Einzelwerken vor sich gingen.

Was aber auch in der rheinischen Eisenindustrie die Konzentration vorbereitete, war das Verlegethystem. Der Handel war nicht an die Schwierigkeiten der Produktion gebunden, so war es möglich, von hier aus die einzelnen Produktionsstufen zusammen zu lassen. Dadurch gewannen einzelne Händler namhaften Einfluß auf die Produktion und stellten sich vielfach als diejenigen Faktoren heraus, die energisch auf eine zusammenfassende Produktion drängten. Die heute noch maßgebenden Großfabrikanten von Hagen, Remscheid und Solingen sind aus Händlerkreisen hervorgegangen. (Fortf. folgt.)

Raufrast, Krediteinschränkung, Deflation

Die Wechselwirkung dieser drei Erscheinungen hat sich gelegentlich der allgemeinen Wirtschaftskrise fast fühlbar gemacht. Diese sollen also hier in Kürze besprochen werden.
Raufrast. Es wird behauptet, daß die Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in der mangelnden Raufrast der breiten Volksschichten sowie der verarmten Völker besteht; sie haben keine Mittel, um die aufgelaugerten Waren zu bezahlen. Inzwischen ist aber nicht genügend Raufrast - Geld - für die Anschaffung der lebensnotwendigen Waren vorhanden, im Außenhandel aber haben die besiegten Völker keine Waren, um damit die im Ausland hergestellten Waren zu bezahlen. Sie zahlen mit Papiergeld, welches auch für die inländischen Bedürfnisse in rapid steigendem Mengen hergestellt wird, und somit hat dessen internationale Einschätzung, die Valuta wird schlechter.

Jetzt aber die Frage in den Vordergrund: Ist eine Deflation (also Verminderung der Geldmenge) - insofern eine solche durch Krediteinschränkung erreicht werden kann - in der gegenwärtigen Lage, besonders angeht die Interessen der Arbeiterklasse, unbedingt nötig?
Sie ist es nicht, indem sie das Geld besser macht und somit das Sinken der Preise mitbestimmt bzw. die Preise zu stabilisieren hilft. Auf der anderen Seite haben aber Gefahren, welche diesen Erfolg in Frage stellen, ja sogar darüber hinaus Schwierigkeiten verursacht.
Wenn der Produktionszweck dienende Kredit - insofern übrigens die Bedingungen der Produktion vorhanden sind - eingeschränkt wird, so erleidet die Arbeitslosigkeit; die Menge der hergestellten Waren sinkt und deren Preis wird wieder steigen. Auch würden die oben erwähnten latenten Raufräste auf dem Markt erscheinen, sobald die Preise ihren Nennwert erreichten, und diese Raufräste würden Preissteigerungen herbeiführen. Die Besitzer der Staatsanleihen - welche Renten, also arbeitsloses Einkommen beziehen - würden durch die Deflation in eine sehr günstige Lage versetzt, sie würden gutes Geld statt des schlechten haben. Das Staatsbudget, welches auf das schlechte Geld eingestellt ist und im Falle einer Besserung des Geldes nicht entsprechend herabgesetzt werden könnte, würde nicht zu bewältigen sein, da das Nationaleinkommen - welches für die Staatsausgaben aufzukommen vermag - in Geld ausgedrückt bei der Aushebung der Inflation geringer wird.

geschlossener Betriebe unter den heutigen wirtschaftspolitischen Verhältnissen durchzuführen ist, wird wohl das Geheimnis der Verfallener jener Stuttgarter Forderungen bleiben. Man denke nur an die ungeheure Menge Kosten, welche Deutschland laut Vertrag an die Entente monatlich zu liefern hat und die hierdurch unserer Wirtschaft fehlen. Dann der Punkt: Vertriebsbesetzung. Gaben die Deutchen, welche durch den allgemeinen Kampf der italienischen Metallarbeiter ausgelöst wurden, denn gar keinen Einbruch bei unseren Kommunisten hinterlassen? Entwarnung der Bourgeoisie und Befreiung des Proletariats. Macht sich ganz hilflos auf dem Papier, aber ist es nicht etwas zu naiv, von einer bürgerlichen Regierung Entwarnung des Bürgerturns zu fordern? Es ist leicht, ständig wechselnde Forderungen herauszugeben. Darauf kommt es nicht an, sondern einzig und allein darauf, ob die ökonomischen Vorbedingungen und die politische Lage sowie die selbstlose Aufopferung der Massen die Gewähr für eine einzuleitende, umfassende Aktion bieten, und das möchte ich bei der heutigen, leider nur zu groß in die Erscheinung tretenden Zerrissenheit des Proletariats bezweifeln. Nur wenn die eben genannten Vorbedingungen gegeben sind, kann mit der ganzen Macht und Kraft unserer Organisationen die Erfüllung einer Forderung erzwungen werden.

Kommunistische Bewertung des Wissens

In dem Bericht über die Verhandlungen des erweiterten Rates in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung kommt der Kollege Ullrich (Zürichwabe) auch auf die beachtliche Gründung der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. zu sprechen. Er führte aus, daß die dort ausgebildeten Kräfte nur zur Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft dienen würden, aus diesem Grunde benötigten wir die dort ausgebildeten Kräfte nicht. Ullrichs Worte veraten eine kommunistische Kurzsichtigkeit, welche kaum zu überbieten ist. Weß der Kollege dann nicht, daß Wissen Macht bedeutet und daß auch in Rußland wissenschaftlich durchgebildete Leute an allen verantwortlichen Stellen stehen? Ist dem Kollegen denn die Tatsache nicht bekannt, daß die Sowjetregierung, nachdem sie im Anfange ihrer Herrschaft dazu gezwungen war, alle verantwortlichen Leiter der Betriebe und Fabriken zu entlassen, sich später genötigt sah, diejenigen wieder einzustellen, weil, nun weil eben die Arbeiter nicht in der Lage waren, die benötigten Ämter zu besetzen? Ullrich sagt nicht Reformen, sondern nur umwälzende Revolutionen. Was ist das für ein Mensch, der die Welt so sehen will? Er ist ein Mensch, der die Welt so sehen will, wie sie ist, nicht wie sie sein sollte. Er ist ein Mensch, der die Welt so sehen will, wie sie ist, nicht wie sie sein sollte. Er ist ein Mensch, der die Welt so sehen will, wie sie ist, nicht wie sie sein sollte.

Die Arbeiterlichen Richtlinien und der Völkerverbund in Genf

In seinen Richtlinien hat Graf Kehler die Vorbedingungen für die ökonomische Wiederherstellung Europas, ja der Welt aufgezeigt. Die wichtigste Forderung der Richtlinien ist neben dem sozialen selbstverständlichen Verlangen, daß der Völkerverbund alle Völker umfassen müsse, die Forderung nach der Selbstverwirklichung aller Völker, die zum Stützpunkt des Völkerverbundes gemacht werden soll. Auf den ersten Blick erscheint diese Forderung mit dem Völkerverbundesprogramm nur in recht losem Zusammenhang zu stehen. Bei näherem Hinsehen aber ergibt sich, daß sie dessen Haupt- und Kernstück ist. Schon Marx hat die Organisation des wirtschaftlichen Lebens durch die Völker als das Mittel zu dem Völkerverbunde bezeichnet und hinzugefügt, daß die Ausbeutung eines Volkes durch ein anderes Völkerverbund als ein Individuum nicht ein Individuum aufhöre. Eine solche Auffassung dieser Forderung kann an dieser Stelle nicht geäußert werden. Die europäischen Völkerverbünde sind an der Selbstverwirklichung aller Völker interessiert, darum ist es von größter Wichtigkeit, daß der Völkerverbund sich zu dem Arbeiterlichen Richtlinien stellt.

Gewerbehygiene und Unfallverhütung

In der heutigen Zeit der gewaltig-industriellen Entwicklung steht die Gewerbehygiene als große Aufgabe. Es mag im besondern Maße dieser Zeit liegen, daß der Arbeiter den Verstand, den Gewerkschaftsgeist, den Unfallverhütungssinn in Leib und Seele eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. In allen Ländern haben sich in den letzten Jahrzehnten die Gewerbehygiene, die Unfallverhütung als eine notwendige Erscheinung der Arbeiterbewegung geltend gemacht, in den wirtschaftlichen und sozialen Dingen einen großen Platz gewonnen. Die Gewerbehygiene und Unfallverhütung sind die beiden Säulen der Arbeiterbewegung. Sie sind die beiden Säulen der Arbeiterbewegung. Sie sind die beiden Säulen der Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterlichen Richtlinien und der Völkerverbund in Genf

Die Arbeiterlichen Richtlinien und der Völkerverbund in Genf. In seinen Richtlinien hat Graf Kehler die Vorbedingungen für die ökonomische Wiederherstellung Europas, ja der Welt aufgezeigt. Die wichtigste Forderung der Richtlinien ist neben dem sozialen selbstverständlichen Verlangen, daß der Völkerverbund alle Völker umfassen müsse, die Forderung nach der Selbstverwirklichung aller Völker, die zum Stützpunkt des Völkerverbundes gemacht werden soll. Auf den ersten Blick erscheint diese Forderung mit dem Völkerverbundesprogramm nur in recht losem Zusammenhang zu stehen. Bei näherem Hinsehen aber ergibt sich, daß sie dessen Haupt- und Kernstück ist. Schon Marx hat die Organisation des wirtschaftlichen Lebens durch die Völker als das Mittel zu dem Völkerverbunde bezeichnet und hinzugefügt, daß die Ausbeutung eines Volkes durch ein anderes Völkerverbund als ein Individuum nicht ein Individuum aufhöre. Eine solche Auffassung dieser Forderung kann an dieser Stelle nicht geäußert werden. Die europäischen Völkerverbünde sind an der Selbstverwirklichung aller Völker interessiert, darum ist es von größter Wichtigkeit, daß der Völkerverbund sich zu dem Arbeiterlichen Richtlinien stellt.

Gewerbehygiene und Unfallverhütung

In der heutigen Zeit der gewaltig-industriellen Entwicklung steht die Gewerbehygiene als große Aufgabe. Es mag im besondern Maße dieser Zeit liegen, daß der Arbeiter den Verstand, den Gewerkschaftsgeist, den Unfallverhütungssinn in Leib und Seele eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. In allen Ländern haben sich in den letzten Jahrzehnten die Gewerbehygiene, die Unfallverhütung als eine notwendige Erscheinung der Arbeiterbewegung geltend gemacht, in den wirtschaftlichen und sozialen Dingen einen großen Platz gewonnen. Die Gewerbehygiene und Unfallverhütung sind die beiden Säulen der Arbeiterbewegung. Sie sind die beiden Säulen der Arbeiterbewegung. Sie sind die beiden Säulen der Arbeiterbewegung.

Gewerbehygiene und Unfallverhütung

In der heutigen Zeit der gewaltig-industriellen Entwicklung steht die Gewerbehygiene als große Aufgabe. Es mag im besondern Maße dieser Zeit liegen, daß der Arbeiter den Verstand, den Gewerkschaftsgeist, den Unfallverhütungssinn in Leib und Seele eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. In allen Ländern haben sich in den letzten Jahrzehnten die Gewerbehygiene, die Unfallverhütung als eine notwendige Erscheinung der Arbeiterbewegung geltend gemacht, in den wirtschaftlichen und sozialen Dingen einen großen Platz gewonnen. Die Gewerbehygiene und Unfallverhütung sind die beiden Säulen der Arbeiterbewegung. Sie sind die beiden Säulen der Arbeiterbewegung. Sie sind die beiden Säulen der Arbeiterbewegung.

Der Stuttgarter Verbandstag und der Vorstand des D. M. = V.

Von Rob. Dörmann.

III.

Der Stuttgarter Verbandstag stellte sich den Boden des Räteystems. Es heißt in den damals gefassten Beschlüssen:

„... Weilmehr müssen die gewerkschaftlichen Organisationen sich zu gewaltigen Industrieverbänden zusammenschließen, um dadurch zum Fundament eines sich organisch entwickelnden Räteystems zur wirtschaftlichen Betätigung zu werden. Dieses Räteystem muß alle Kräfte des wirtschaftlichen Volkes sowohl zu einer Kampforganisation zur Entämpfung des Sozialismus bereinigen, wie auch gleichzeitig alle Vorbereitungen zur Übernahme der kapitalistischen Wirtschaft und deren Abwicklung zum sozialistischen Gemeinwesen treffen, um sich dann selbst zu einem das ganze Wirtschaftsleben tragenden Organismus fortzubilden.“

Die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erkennt die vorstehenden Grundsätze an und ist bereit, eine diesen Grundsätzen entsprechende neue Kampf- und Organisationsbasis für den Verband zu schaffen. Sie lehnt jede Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ab und erkennt nur das durch die wirtschaftlichen Kämpfe erforderliche Verbänden an.

Der Vorstand wird ermächtigt, fortan die erforderlichen Vorkehrungen zur Schaffung eines alle Hand- und Kopfarbeiter der Metallindustrie erfassenden Industrieverbandes zu treffen und zu diesen Zweck die notwendigen Verhandlungen zu pflegen.“

Gegen diese Beschlüsse soll der Vorstand verstanden haben. Welche Behauptungen aufstellt, mag den Beweis dafür erbringen. Mit allgemeinem Bedauern ist der Sache nicht gedient. Es hat sich allerdings im Laufe des verwichenen Jahres — und schon früher! — gezeigt, daß ein Teil derjenigen, die den Vorstand der „Verknüpfung zum Räteystem“ beschließen, sich selbst über das Räteystem noch nicht klar geworden sind. Doch das ist nicht die Schuld des Vorstandes. Wir haben ja handelt nach den Beschlüssen unseres Verbandstages und dem darin ausgedrückten Willen. Die Organisation kann sich nicht stellen nach dem Namen des Tages, es ja nach den von bestimmter Seite in die Massen geworfenen Lagersparolen heute Aktionäre, morgen Arbeiter, übermorgen politische Räte, tags darauf wieder Wirtschaft und andere Räte zu propagieren. Mit diesen ewig wechselnden Parolen hin und die Fortschritt, raus aus den Karaffen mag sich lächerlich machen, wer will. Diese Rolle soll man jedoch nicht amüsen. Doch noch eine andere Gefahr ist dabei zu beachten. Man glaube ja nicht, dem Werkheim auf die Dauer solche mit den Saunen und Zerkeln des Tages wechselnde Parolen vortun zu können. Das würde sehr bald das Vertrauen zur Organisation (denn untergeben. Unsere Stellung zu den einzelnen Problemen muß sein, gründlich durchdacht und in ihren Wirkungen wohlüberlegt sein. Danach ist unter langweiligen Parolen einzustellen. So sind wir auch beim Ausbau des Räteystems gemäß den Beschlüssen des Stuttgarter Verbandstages verfahren. Nicht um politische, sondern um wirtschaftliche Räte handelt es sich. Das Zerkeln des Rätebegriffes stellt uns Anfang 1920 sehr bald vor praktische Fragen. Das nächste notwendige Betriebsrätegesetz war schlecht, seine Fesseln, Klänge und Böses trafen offen zutage. Sollen wir und trotzdem an der Wahl der Betriebsräte teilnehmen? Diese Frage wurde dem letzteren Organisationsrat einstimmig beantwortet. Wie möglich! Die bisherigen Aktionsausschüsse wurden die Arbeit über die Industriestellen des Betriebsrätegesetzes genommen. An ihre Stelle traten als verantwortliche Beiräte. Unsere Stellung ging dahin, unter Berücksichtigung der Betriebsrätegesetzstellung an der Wahl durch ein einheitliches Vorgehen aller freien Gewerkschaften, dann Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb und durch die Gewerkschaften und in gemeinsamen Räten, in diesem Ringen und Bestreben über den Rahmen des Betriebsrätegesetzes hinaus die Positionen der Betriebsräte ausgebaut und die Aufgaben erfüllt, die die Zeit an uns stellt.

Rach mit der Wahl der Betriebsräte setzen auch die Dispositionen an, jene Räte, die sie als selbständige Betriebsräteorganisationen sehen, jedoch nur als Beiräte der Betriebsräteorganisation nicht nach Gewerkschaft, sondern nach Betriebsräte. Der erweiterte Beirat wird am 15. Januar 1920 zur Wahl der Betriebsräte folgenden Beschlüsse:

1. Die Durchführung der Wahl der Betriebsräte ist Aufgabe der Gewerkschaften und hat einheitlich und geschlossen gegenüber unseren gemeinsamen Organisationsstellen zu erfolgen.
2. Die Auffassung der Kandidaten ist vorzunehmen auf der Grundlage der Wahl und unter Anerkennung der Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages.
3. Von jedem Kandidaten ist zu verlangen, daß er sich verpflichtet, jederzeit sein Amt als Mitglied der Betriebsräte niederzulegen, wenn er den Nachfolger seiner Wahlzettelgeber sein. Von seiner Organisation dazu angefordert wird.

Entsprechend diesen Beschlüssen wurde von unseren Kollegen im Rande — den ungewählten Kandidaten abgesehen — gehandelt. Nachdem jedoch die Wahl der Betriebsräte vorbei und die Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte in den Vordergrund trat, wiederum der Streit überließ.

Die Wirtschaft selbständige Betriebsräteorganisationen verstanden, ihre Stellung mit den Beschlüssen des Stuttgarter Verbandstages zu begründen. In diesem Beschlusse ist die Resolution unseres letzten Verbandstages als solche wiedergegeben.

Zu jener Entscheidung werden die gewerkschaftlichen Organisationsstellen als das Fundament eines sich organisch entwickelnden Räte-

systems zur wirtschaftlichen Betätigung bezeichnet. Wie kann man da die Betriebsräte ihrem Mutterboden, von dem aus sie sich organisch entwickeln sollen, entziehen, indem man selbständige Betriebsräteorganisationen schafft, die sich als Neben- oder gar als Überorganisationen etablieren? Dieser Gedanke wurde allerdings schon vor unserer letzten Generalversammlung vertreten.

Es ist richtig, daß damals in Stuttgart in der ursprünglichen Resolution die Worte enthalten waren: „Weilmehr muß über diesen Organisations (Kampf und Gewerkschaft) ein Räteystem gebildet werden, das, ohne zunächst die Kampforganisationen der Arbeiter zu befechtigen usw.“ Die Verbandstagsmehrheit lehnte es jedoch gegenwärtig ab, dem Verbandstage das Räteystem als eine Überorganisation (als über den Gewerkschaften stehend) zu empfehlen. Richtig ist damals die Beirätevorstellung selbständiger Räteorganisationen mit der ungewählten, ablehnenden Stellung der Kollegen abjanden, so haben sie heute kein Recht, den Vorstand zu bezichtigen, daß er vom Boden der Verbandstagsbeschlüsse abgewichen sei. Nicht der Vorstand, sondern seine „Anhänger“ sind es, die ein solcher Vorwurf trifft. Ebenso einwandfrei ist die Stellung, die der erweiterte Beirat zu dieser Streitfrage eingenommen hat. In seinen Beschlüssen vom 12. Juni 1920 stimmte er der Stellung des Vorstandes zu und erklärte in den von ihm angenommenen Leitlinien zur Zusammenfassung der Betriebsräte u. a. folgendes:

„Die Betriebsräte sind innerhalb des Betriebes die Vertreter der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmer und haben nach dem Betriebsrätegesetz die Aufgaben der feldherrlichen Arbeiterausschüsse übernommen. Diese Aufgaben sollen mit dem Arbeitsgebiet der Gewerkschaften zusammen. Die Betriebsräte sind daher als Organe der Gewerkschaften, d. h. der organisierten Gewerkschaftsmittglieder zu betrachten, in ihrem Auftrage und Einverständnis, mit deren Unterstützung sie handeln müssen.“

Aber den Rahmen des feldherrlichen Tätigkeitsgebietes der Arbeiterausschüsse hinaus müssen die Betriebsräte Organe des proletarischen Kampfes werden, die dazu berufen sind, mitzuwirken an der von uns zu erreichenden Beseitigung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und dem Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens...“

Erforderlich ist, daß sich die Gewerkschaften auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes stellen, denn ein revolutionärer Kampf ist es, den sie zu führen haben, und revolutionäre Aufgaben sind es, die Gewerkschaften und Betriebsräte erfüllen müssen, wenn sie den Sozialismus mit verwirklichen wollen.

Die letzte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat sich auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Räteystems gestellt. Aufgabe unserer Organisation ist es nunmehr, die Betriebsräte, die in der Gewerkschaftsorganisation wurzeln müssen, den großen Aufgaben zuzuführen, die ihrer harrn. Dazu gehört neben der im engeren Rahmen des Betriebsrätegesetzes liegenden Tätigkeit die Betätigung auf den Gebieten, die den Vorbereitungen zur Sozialisierung dienen. Die Betriebsräte haben sich zum Beispiel mit allen einschlägigen Fragen zu beschäftigen, die für den Produktionsprozess in Frage kommen.

Wir fordern das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht für die Betriebsorganisation, Produktion, Preisbildung, den Warenabtrieb usw. als Kernfrage des zu erkämpfenden alleinigen Bestimmungsrechts der Schaffenden...“

Die Erhebung besonderer Beiträge (obligatorische oder freiwillige) durch die Betriebsräte ist abzulehnen. Die Ausübung der notwendigen Mittel, wie sie entsprechend diesen Richtlinien für Zwecke der Betriebsräte in Frage kommen, erfolgt durch die Gewerkschaftsorganisation.

Der erweiterte Beirat, der sein Einverständnis mit den vorstehenden Richtlinien erklärt, lehnt die Zusammenfassung der Betriebsräte in einer besonderen Organisation (Betriebsrätezentrale) ab. Die gesamten Mitglieder unseres Verbandes werden aufgefordert, im Sinne dieser Beschlüsse zu handeln.“

Nach diesen Beschlüssen haben wir gehandelt. Ganz leicht hat man uns die Arbeit damals nicht gemacht. Lange Monate tobte der Streit in den verschiedenen Gebieten des Landes und wollten wir dabei das Kapitel „Zusammenfassungen gegen Organisationsbeschlüsse“ beschreiben, so würde eine schöne „Angelegenheit“ gegen die „Anhänger“ des Vorstandes entstehen können. Der Reichsbetriebsrätekongress führte im Oktober vorigen Jahres den Kampf um die Zusammenfassung der Betriebsräte seinem Abschluß zu. Mit erheblicher Mehrheit (rund 900 Delegierte von 1000) stimmte der Kongress der von uns, dem D. M. = V. und K. = B. = V. gemeinsam vertretenen Auffassung zu. Mit diesen Beschlüssen mußten sich wohl oder übel auch die Anhänger selbständiger Betriebsräteorganisationen abfinden. Abgesehen von einigen Gebieten (Hesse usw.) ist demnach heute überall eine geordnete Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften erfolgt. Damit ist die Grundfrage gelöst, die den Betriebsräten und Gewerkschaften ein gebührend, einheitliches Zusammenarbeiten im Interesse der Arbeiterschaft gewährt. Es sind große Aufgaben, die die Betriebsräte zu erfüllen haben, Aufgaben, die ein erhebliches Maß allgemeiner Schulung, Hissen und innerer Festigkeit bei den Betriebsräten voraussetzen. Und nicht nur das. Die Betriebsräte können ihre Aufgaben nur im engsten Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften lösen. Letztere sind es, die als wirtschaftlicher Machtfaktor den Betriebsräten das Hilfsmittel geben müssen, um der diesen Schwierigkeiten Herr zu werden, die gerade in der jetzigen Zeit täglich an sie heranrücken.

Wenn wir die Bedeutung der Betriebsräte erkennen, haben wir uns in langwieriger Vorbereitung unserer Verbandstagsbeschlüsse der Betriebsräte sofort nach Industriestellen des Gesetzes angenommen.

Den Beschlüssen des erweiterten Beirats entsprechend, erfolgte durch unsere Organisation die heilige Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der Metallindustrie, im engeren Zusammenarbeiten mit den von den Ortsvereinigungen des D. M. = V. und des K. = B. = V. in ihrer Gesamtheit erfassten Betriebsräten aller Industriezweige. Wir

haben über den Ort hinaus eine Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der einzelnen Verbandsbezirke folgen lassen, in der jede der 22 Untergruppen der Metallindustrie ihre Vertretung erhalten hat. Den Bezirksbeiräten der Betriebsräte folgt der Reichsbeirat unseres Verbandes, der sich wiederum aus den 22 Untergruppen zusammensetzt. Im Hauptbüro wurde eine besondere Abteilung für die Arbeiter der Betriebsräte gebildet. Wir sind jetzt dabei, in planmäßiger, methodischer Reihenfolge mit der Erhebung statistischer Aufnahmen zu beginnen, die uns einen genaueren Einblick in die Verhältnisse der einzelnen Industriezweige verschaffen werden. Die Arbeiten der Betriebsräteabteilung werden in Kürze durch unsere neu zu bildende volkswirtschaftliche Abteilung eine weitere dankbare Unterstützung erfahren. Planmäßig sind wir im letzten Jahre den Arbeiten und Aufgaben der Betriebsräte in den einzelnen Orten, Bezirken wie vom Vorstand aus gefolgt, haben die Betriebsräte unterstützt, ihre Zusammenfassung zu jeder Zeit und überall gefördert.

In der ersten Hälfte des vorigen Jahres trat die Schaffung einer einheitlichen Wirtschaftsordnung an uns heran. Es gelang uns, nach mehrfachen, eingehenden Verhandlungen, mit dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller eine einheitliche Arbeitsordnung für das Reichgebiet zu vereinbaren. Konnte nicht jeder Einzelwunsch unserer Kollegen im Lande dabei befriedigt werden, so hat doch die Erfahrung gelehrt, daß die Arbeitsordnung als Ganzes entstanden und in ihrer praktischen Auswirkung für das gesamte Reich bewertet, einen nicht unerheblichen Fortschritt bedeutet. Der Arbeitsordnung für die Metallindustrie schließt sich in jüngster Zeit eine mit dem Verband der Elektrotechnikfirmen Deutschlands vereinbarte Arbeitsordnung für das gesamte Gewerbe an.

Als geistiges Bindeglied zwischen uns für die Betriebsräte die alle 14 Tage erscheinende „Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie“. Unser Organ behandelt in instruktiven Arbeiten die einzelnen Probleme und Fragen, die für Betriebsräte und Gewerkschaften in Frage kommen, bringt in jeder Nummer praktische Verhandlungen aus dem Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte, wichtige Entscheidungen der Gerichte und Verwaltungsorgane, die Rechte der Betriebsräte betreffend usw. Als verantwortlicher Redakteur der Betriebsräte-Zeitschrift will ich kein Werturteil über unser Organ abgeben. Konstatieren können wir jedoch mit Genugtuung, daß sich unsere Zeitschrift stetig wachsen und erweitern hat. Im Inhalt und Umfang erfreut sie sich einer achtunggebietenden Platz erobert hat.

Gegenwärtig schwebt die Frage der Schaffung von Bezirks- und Reichsbetriebsräten, resp. Bezirks- und Reichsarbeitervorständen. Wer unser Organ verfolgt, findet, daß wir auch dieser Frage nicht nur die ihr gebührende Aufmerksamkeit spenden, sondern dabei mit allem Nachdruck den Gedanken des Räteystems verteidigen, von den Betriebsräten im organischen Aufbau die Bezirks- und Reichsbetriebsräte resp. Reichsbetriebsräte folgen zu lassen.

Wer objektiv die bisherige Tätigkeit des Vorstandes wie der einzelnen Organe des Verbandes prüft, wird feststellen müssen, daß sich unsere Handlungen in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des letzten Verbandstages bewegen und wir alles getan haben, um dem Räteystem in unserer Organisation Leben und Wirklichkeit zu geben. (Fortsetzung folgt.)

haben über den Ort hinaus eine Zusammenfassung der Betriebsräte innerhalb der einzelnen Verbandsbezirke folgen lassen, in der jede der 22 Untergruppen der Metallindustrie ihre Vertretung erhalten hat. Den Bezirksbeiräten der Betriebsräte folgt der Reichsbeirat unseres Verbandes, der sich wiederum aus den 22 Untergruppen zusammensetzt. Im Hauptbüro wurde eine besondere Abteilung für die Arbeiter der Betriebsräte gebildet. Wir sind jetzt dabei, in planmäßiger, methodischer Reihenfolge mit der Erhebung statistischer Aufnahmen zu beginnen, die uns einen genaueren Einblick in die Verhältnisse der einzelnen Industriezweige verschaffen werden. Die Arbeiten der Betriebsräteabteilung werden in Kürze durch unsere neu zu bildende volkswirtschaftliche Abteilung eine weitere dankbare Unterstützung erfahren. Planmäßig sind wir im letzten Jahre den Arbeiten und Aufgaben der Betriebsräte in den einzelnen Orten, Bezirken wie vom Vorstand aus gefolgt, haben die Betriebsräte unterstützt, ihre Zusammenfassung zu jeder Zeit und überall gefördert.

In der ersten Hälfte des vorigen Jahres trat die Schaffung einer einheitlichen Wirtschaftsordnung an uns heran. Es gelang uns, nach mehrfachen, eingehenden Verhandlungen, mit dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller eine einheitliche Arbeitsordnung für das Reichgebiet zu vereinbaren. Konnte nicht jeder Einzelwunsch unserer Kollegen im Lande dabei befriedigt werden, so hat doch die Erfahrung gelehrt, daß die Arbeitsordnung als Ganzes entstanden und in ihrer praktischen Auswirkung für das gesamte Reich bewertet, einen nicht unerheblichen Fortschritt bedeutet. Der Arbeitsordnung für die Metallindustrie schließt sich in jüngster Zeit eine mit dem Verband der Elektrotechnikfirmen Deutschlands vereinbarte Arbeitsordnung für das gesamte Gewerbe an.

Als geistiges Bindeglied zwischen uns für die Betriebsräte die alle 14 Tage erscheinende „Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie“. Unser Organ behandelt in instruktiven Arbeiten die einzelnen Probleme und Fragen, die für Betriebsräte und Gewerkschaften in Frage kommen, bringt in jeder Nummer praktische Verhandlungen aus dem Tätigkeitsgebiet der Betriebsräte, wichtige Entscheidungen der Gerichte und Verwaltungsorgane, die Rechte der Betriebsräte betreffend usw. Als verantwortlicher Redakteur der Betriebsräte-Zeitschrift will ich kein Werturteil über unser Organ abgeben. Konstatieren können wir jedoch mit Genugtuung, daß sich unsere Zeitschrift stetig wachsen und erweitern hat. Im Inhalt und Umfang erfreut sie sich einer achtunggebietenden Platz erobert hat.

Gegenwärtig schwebt die Frage der Schaffung von Bezirks- und Reichsbetriebsräten, resp. Bezirks- und Reichsarbeitervorständen. Wer unser Organ verfolgt, findet, daß wir auch dieser Frage nicht nur die ihr gebührende Aufmerksamkeit spenden, sondern dabei mit allem Nachdruck den Gedanken des Räteystems verteidigen, von den Betriebsräten im organischen Aufbau die Bezirks- und Reichsbetriebsräte resp. Reichsbetriebsräte folgen zu lassen.

Wer objektiv die bisherige Tätigkeit des Vorstandes wie der einzelnen Organe des Verbandes prüft, wird feststellen müssen, daß sich unsere Handlungen in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des letzten Verbandstages bewegen und wir alles getan haben, um dem Räteystem in unserer Organisation Leben und Wirklichkeit zu geben. (Fortsetzung folgt.)

Aus der Senfenindustrie

Wie in allen Branchen, so macht sich auch in der Senfenindustrie die schlechte wirtschaftliche Lage bemerkbar. Denn im vorigen Jahre noch eine Hochkonjunktur zu verzeichnen war, manche Betriebe in der Provinz nicht einhalten konnten, da sie zum größten Teil schon seit Herbst 1919 mit Kurzarbeit versehen waren, so machte sich im Geschäftsjahre 1920/21 eine große Flaute bemerkbar. Schon im Mai 1920 setzte der Mühsal ein und wurde Kaufpreise wurden im letzten Moment abgeheilt, so daß die Ware auf Lager lag.

Die Hauptabgabegebiete der deutschen Senfenindustrie waren außer dem Inlande: Spanien, die Schweiz, Holland, Belgien, Dänemark und zum Teil Amerika. Auf land kam vor dem Krieg sehr nicht in Betracht. Dadurch, daß wir die hohen Produktionskosten bezahlen müssen, kommt natürlich die Senfe auf einen Preis zu stehen, der bei Konkurrenz nicht mehr gut handhaben kann.

Frankreich hat den deutschen Markt am liebsten verloren und sucht nach dem Ausland, wo man sich in Dänemark, der Schweiz und der Schweiz, kurzum nach allen Gebieten eine Stellung und nicht ganz in Inlande selbst.

Wer vor einigen Monaten die Industrieentwicklung der Senfenindustrie betrachten, kann unwillkürlich auf den Gedanken kommen, daß diese Industrie eine Senfenindustrie ist. Jedes Quantum Senfe kostete 2.20. Sofort greifbar 800 000 sind seitliche Schwelbener... Ein Jahresertrag jagte das andere. Dies waren nun Höchststände. Der Markt sollte unendlich gemacht werden. Bei eingezogenem Offener wurde die Beobachtung gemacht, daß die Preise bei weitem niedriger waren als vorher und der Käufer antwortete sich als ganz gewöhnlicher Käufer.

Die Tatsache, daß große Mengen Senfen in Deutschland liegen, läßt sich nicht von der Hand weisen. Selbstverständlich ist es kein beständiges von der Preisverwaltung gesteuert werden oder sonst alle alle möglichen und unangenehmen Wegen einschlägige Maßnahmen, ganz besonders von Österreich.

Der Verband der Senfenindustriellen Deutschlands setzt seine Einflüsse auf Senfen durch, was natürlich nicht hinderlich konnte, daß die Senfen im Transitverkehr eingeführt wurden und in Hamburg oder sonst einer Hafenstadt liegen bleiben. Schon vor dem Krieg, daß die Ware in Deutschland liegt, macht den Markt unruhig.

Wohl im Inlande sowie in den Ausländern ausstehenden Ländern die Nachfrage angedauert, ist, nach unserm Jubeljahr verschoben, auf den russischen Markt zu gelangen. Hier werden die Schwierigkeiten noch größer sein. Österreich, dessen Senfen nach niedriger ist als unsern, ist in der Lage, billiger zu liefern.

Eine Gefahr für unsere Senfen besteht das Sinken der Senfen. Die meisten Senfen glauben an die Preisbildung dieser Erfindung nicht. Als vor circa 20 Jahren die ersten Senfen auf massenartigen Wege hergestellt wurden, glaubte man, diese Produkte würden sich keine Konkurrenz. Doch wurden schon damals in Österreich 100 000 Stück tschechische russische Senfen zum Preise von 50 Kronen (42.50 M) verkauft. Heute liegt die Senfe wesentlich höher. Der Preisunterschied zwischen einer gefangenen und einer Schweden Senfe ist ein bedeutend größerer geworden. Außerdem ist durch das neue Verfahren in die gefangenen Senfen auch etwas Spannung hineingebracht worden, was bei den ersten Versuchen nicht der Fall war. So kann bei Verwendung von gutem Material auch mit gutem Schnitt gearbeitet werden. Diese Senfen sind auf dem russischen Markt, wo man leichte Ware verlangt wird, eine ganz geschickte Konkurrenz werden.

Welche Dimensionen die Fabrikanlagen der gefangenen Senfen angenommen hat, geht daraus hervor, daß die Firma Humboldt in Ralswiek im vorigen Jahre mehr solcher Senfen erzeugte und zum Verkauf brachte, als die gesamte deutsche Senfenindustrie in einem Jahre herstellen kann. Aber nicht nur die Firma Humboldt in Ralswiek stellt solche Senfen her, sondern auch in Schweden werden Senfen auf massenartigem Wege erzeugt. Ob Schweden das gleiche Verfahren anwendet wie die Firma Humboldt in Ralswiek (Maschinenbauanstalt), kann vorläufig noch nicht festgestellt werden.

Es würde verkehrt, die Senfen zu verteuern, welche der Senfenindustrie droht. Wohl sind die Preise einseitlich festgesetzt worden, dadurch wurde der Profit der betreffenden Firma bedeutend erhöht. Es hätte nur das eine Gute: die Nachfrage nach diesem Artikel ließ nach und es gab, auch deutsche Ware auf den russischen Markt zu verkaufen.

Es bleibt abzuwarten, ob die deutschen Produkte auf dem russischen Markt Eingang finden. Sollten Auflagen für die Senfenindustrie zu erhalten sein, so sind sie vom Verband der Senfenindustriellen gleichmäßig an die Betriebe zu verteilen. Vor allem muß verhindert werden, daß billige österreichische Produkte aufgefauft und dann weiterverhandelt werden. Die deutschen Unternehmer tragen den größten Teil Schuld an der gegenwärtigen Misere. Zu der Zeit, als die Preise einseitig erhöhten sie die Preise für Senfen geduldig und verschärften tomkt die Preise. Die Profligier brachte die Erhöhung unserer Lage. (Fortsetzung folgt.)

* Siehe Nr. 14 der Metallarbeiter-Zeitung.

nehmen können. Die chronische Störungen des elektrischen Stromes auf den Körper nicht eigentlich in Frage kommen, entstehen die meisten Anfälle in den elektrischen Anlagen durch Unvorsichtigkeit und Fahrlässigkeit; Umfälle, die in unvollkommenen Schutzvorrichtungen ihre Ursache haben, sind verhältnismäßig selten. Auf die chronischen Störungen der Nerven (Schmerzempfindung, Missempfindung usw.) oder auch durch Reizung durch elektrisches Licht (Blitzschlag) sind hier nicht näher eingegangen; hingegen wollen wir uns etwas genauer mit einer durch physikalische Schwingungen bedingten Gruppe von Berufskrankheiten beschäftigen, die praktisch von großer Bedeutung sind. Das sind die manuellen Störungen des Glanbes.

Die Staubinhalationskrankheiten bilden ein wichtiges Gebiet der Berufs- und Gewerbekrankheiten. Zahlreiche Berufsangehörige, wie Glas- und Glasarbeiter, Porzellanarbeiter, Metallarbeiter, Schlosser, Steinmetzen und noch viele mehr, sind der Einwirkung des Staubes ausgesetzt. Formal kann der Staub an sich weniger schädlich sein, wenn er in geringen Mengen in die Atemwege gelangt, jedoch begünstigt die Staubinhalationskrankheiten die Entstehung pathogener (krankheitsverursachender) Keime, vor allem der so liberant verbreiteten Tuberkulosebakterien. Darum sind alle Berufe, in denen die Staubzufuhr eine große Rolle spielt, sind auch der Tuberkuloseinfektion besonders ausgesetzt, wie etwa Maurer und Ziegelarbeiter, Metallarbeiter, Bergarbeiter und viele andere. Das Kapital der Staubinhalationskrankheiten ist daher ohne Beziehung zur Tuberkulose, zwar verdrängten Gewerbe- und Industriebeschäftigung, nicht abzuhandeln. Daraus geht auch die ungewöhnliche Wichtigkeit der Staubreinigung in den Betrieben verschiedentlich hervor. Die Reinigung des Staubes und damit seine schädigende Wirkung kann in vielen Fällen allein schon durch Saugkraft vermieden oder wenigstens verringert werden durch nässe Bearbeitung der handgearbeiteten Materialien, ferner durch reichliche Befeuchtung des in den Arbeitsstätten bereits gebildeten Staubes. Vor dem Leiber weit verbreiteten, ist nur auf Bequemlichkeit oder Rückständigkeit beruhenden trocknen Auslegen, Austreten und Abwischen, das den Staub ja nicht beseitigt, sondern nur von einer Erde in die andere jagt, wo er im Moment gerade nicht zum Vorschein kommt, sei besonders genannt.

Eine mittelgroße, mechanische und radikale Beseitigung des Staubes kann nur durch Absaugung an der Entstehungsstelle selbst erfolgen. Zu diesem Zwecke sind eine Reihe kleinerer Einrichtungen erfunden, die in den verschiedenen Staubbetrieben mit gutem Erfolg benutzt werden. Nützlich sind die Arbeiter, die in den Staubbetrieben selbst tätig sein müssen, nicht vollständig von der Einatmung des Staubes zu isolieren. Hier hilft man sich mit sogenannten Feinsträumen, die vor Mund und Nase gesetzt werden und die Einatmungsluft filtrieren lassen. Je einfacher derartige Einrichtungen sind, deren Nutzen je mehr mit Unannehmlichkeiten verbunden ist, desto besser sind sie; denn sonst liegt die Gefahr zu nahe, daß sie einfach nicht benutzt werden, infolge eines gewissen Inbegriffs, die sich aber Arbeiter einschließen bemächtigt, die längere Zeit in Staub- oder sogar in Giftbetrieben tätig sind. Hier kann die Gesundheitsschutz über ein anderes Zwangsmittel so viel helfen als immer wieder erneute Belehrung der Leute über die Gefahren, denen sie sich selbst aussetzen.

Die Natur des Staubes ist ungewisser verschiedener, je nachdem er anorganischen Materialien (Glas, Kalkstein, Kramor, Granit, Marmor, Fein-, Fein-, Thomaschlacke, Eisen, Zement usw.) oder organischer Materialien (Holz, Kohle, Haare, Seide, Leder, Wolle, Hafl usw.) entstammt. Wir können uns Einzelheiten hier nicht eingehen. Aber die Staubarten liegen zahlreiche Untersuchungen vor. Hier seine schädliche Wirkung auf die Einatmungsorgane, speziell die Lunge, und auf den ganzen Organismus sind verschiedene Faktoren maßgebend, je nachdem es sich um ungiftigen, nur mechanisch wirkenden, um giftigen oder um infektiösen Staub handelt. Über die letzteren beiden Punkte kann nur im Zusammenhang mit der Beschreibung des Arbeiters durch chemische Stoffe und durch parasitäre Einflüsse gesprochen werden. Aber auch die rein mechanische Wirkung der Staubinhalationskrankheit ist von größter Bedeutung, daß sie durch festgesetzte Belastung des Lungengewebes, durch Reizung der feinen Epithelzellen zu katarrhalischen Prozessen der Luftröhre, der Bronchien und der Lungenalveolen (Bläschen) führt und damit der mit Recht so gefährlichen Tuberkulose eine Disposition schafft, den Tuberkulosebakterien ihre Anheftung und Vermehrung im Körper erleichtert. (Fortsetzung folgt.)

Zwölfte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die am 22. und 23. März abgehaltene 12. Tagung wurde von neuen Bundesvorsitzenden Genossen Reipart mit einem warmen Nachruf an den früheren Vorsitzenden Legien eröffnet. Die größte Sorge, die uns am Herzen liegt, sei die Not der Arbeitslosen. Es genüge nicht das warme Mitgefühl, sondern es sei der geschlossene Wille erforderlich, die besten Kräfte daranzusetzen, den Arbeitslosen zu helfen. Die Maßnahmen des Bundes werden durch das Vorgehen der feindlichen Länder durchkreuzt. In einer Denkschrift habe der Bundesvorstand die Lage der deutschen Arbeiter geschildert, den guten Willen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete betont und auf die Gefahren des Vorgehens der Entente auch für die Arbeiter aller übrigen Länder hingewiesen. Die feindlichen Regierungen haben trotzdem ihre Absichten durchgeführt und weikeres Gebiet im Westen besetzt. Der Vorstand hat sich stets mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Verbindung gehalten und von ihm eine Einflussnahme verlangt. Auch dieser werde seine Bemühungen fortsetzen. Einwillen müßten wir jedoch die Folgen der „Sanktionen“ tragen, die sich für die Arbeiterchaft in Vermehrung der Arbeitslosigkeit zeigen würden. Vor den Schwierigkeiten der Aufgaben in der Zukunft dürften wir nicht zurückweichen.

Der Geschäfts- und Kassenbericht des Bundesvorstandes für das Jahr 1920 lag gebüret vor. Die Bilanz des Bundes ist vollständig ungenügend. Zur Erlangung einer neuen Behandlung sollen die angeschlossenen Verbände einen Extrabeitrag an die Bundesleitung abliefern.

Ein besonderer Punkt der Tagesordnung betraf das Vermächtnis zu erwartender Gesetz über die Regelung der Arbeitszeit. Dazu berichtigte Genosse Quist über eine im Reichsarbeitsministerium abgehaltene Sitzung. Es sei davon die Rede gewesen, ob auch die Zeit der Arbeitsbereitschaft in verschiedenen Berufen stets als Arbeitszeit mitzurechnen sei. Da in nächster Zeit die Vorlage eines Gesetzesentwurfs über die Regelung der Arbeitszeit zu erwarten sei, hätten die Gewerkschaften Ursache, dieser Sache die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Allgemein wurde das Festhalten am Achtstundentage gefordert und der Bundesvorstand ersucht, dafür zu sorgen, daß in den Vorbereitungen über den Gesetzesentwurf stets die Wünsche der in Frage kommenden Gewerkschaften hinzugezogen werden.

Die kommunistische Streikbewegung in Mitteldeutschland veranlaßte den Bundesvorstand zu folgender Entscheidung:

Da Streikbewegung im mitteldeutschen Industrie- und Grubengebiet, die von kommunistischer Seite zu politischen Zwecken vom Baune gebrochen ist und die man jetzt zu einem Generalstreik der Gesamtarbeiterschaft auszubilden bemüht ist, bedeutet eine schwere Gefährdung für die deutsche Wirtschaft, unter der die Arbeiterchaft selbst in hohem Maße leiden muß.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes legt Wert darauf, festzustellen, daß diese Bewegung nichts zu tun hat mit gewerkschaftlichen Bestrebungen, sondern einzig und allein von der Absicht geleitet ist, katastrophale Situationen zu schaffen.

Die Gewerkschaftsleitungen haben die Arbeiterschaft schon wiederholt gewarnt, solchen kommunistischen Parolen zu folgen, und sie sind im gegenseitigen Besonderen der gegenwärtigen Generalstreikbewegung diese Mahnung nur auf das dringendste ermahnen. In den gewerkschaftlichen Organisationsorganen soll diese Streikbewegung keinerlei Rückhalt finden.

In bezug der organisatorischen Beziehungen zum A.D.G.B. und zum Deutschen Beamtenbund wurde nach längerer Aussprache folgende Entscheidung angenommen:

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nimmt von den Verhandlungen des Bundesvorstandes mit dem Verband des A.D.G.B. Kenntnis und gibt dem Ergebnis dieser Verhandlungen sein Zustimmung.

Der A.D.G.B. und der A.D.B. beabsichtigen hiermit beide ihre Selbständigkeit, verpflchten sich aber zu einem sachgemäßen Zusammenwirken in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, welche die Interessen der Arbeiter und Angestellten gemeinsam betreffen. In Fragen, die nur die Interessen der einen Gruppe betreffen, oder auch diejenigen der anderen keinen Wank, soll zunächst jede Gruppe auf die andere Rücksicht haben. Grundregeln sind anerkannt, daß der A.D.G.B. die Arbeiter und der A.D.B. die Angestellten gewerkschaftlich organisieren soll. Über notwendige Abänderungen von diesem Grundgesetz werden die beiderseitigen Verbände sich untereinander und mit den beteiligten Verbänden verständigen, wobei geschlichtlich und organisatorisch begründete Eigenständigkeit berücksichtigt werden sollen. Streitigkeiten, die nicht durch Verständigung beigelegt werden können, sind von Fall zu Fall durch gemeinsame Schlichtungsgerichte zu entscheiden.

Das Zusammenwirken des A.D.G.B. und des A.D.B. erfolgt jeweils durch gemeinsame Tagungen von Delegierten der beiderseitigen Bundesverbände. Zur Erleichterung des Zusammenwirkens beschließen A.D.G.B. und A.D.B. außerdem jede Sitzung ihrer Bundesversammlungen und Bundeskonferenzen gegenseitig durch einen oder mehrere Vertreter mit beratender Stimme. Bei wichtigen Fragen von gemeinsamer Interesse können auch die beiderseitigen Bundesvereine zu gemeinsamer Beratung zusammenzutreten. Alle bei dem gemeinsamen Beschlüssen in den gemeinsamen Tagungen sind entsprechende Regeln anzufertigen.

In gleicher Weise haben die Ortskommissionen des A.D.G.B. mit den Ortsorganen des A.D.B., die beiderseitigen Bezirks- oder Landesorganisations sowie insbesondere auch die gleichartigen Fach- und Industriegruppen ständig zusammenzuwirken.

Der Ausschuss des A.D.G.B. stimmt der Aufnahme des A.D.B. in den Internationalen Gewerkschaftsbund (Amsterdamer) zu unter der Voraussetzung, daß der letztere geltende Grundgesetz, monach in jedem Lande nur eine Landeszentrale des I.G.B. bestehen darf, aufrechterhalten bleibt. Der Bundesvorstand wird beauftragt, über die Form des Anschlusses des A.D.B. an den I.G.B. die nötige Verständigung herbeizuführen.

Der Bundesvorstand wird ermächtigt, auf vorstehender Grundlage eine bindende Abmachung mit dem A.D.B. schon jetzt zu treffen, und gleichzeitig beauftragt, eine diesen Beschließen entsprechende Ergänzung der Bundesstatuten so rechtzeitig vorzubereiten, daß die diesbezüglichen Entwürfe dem nächsten Kongress zur Sanction unterbreitet werden können. Hierbei wird vorausgesetzt, daß der A.D.B. auch seine Satzungen hiermit in Abereinbarung bringt.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, die Verhandlungen mit dem Deutschen Beamtenbund über eine Artbildung seines Standpunktes gegenüber den Organisations der Arbeiter und Angestellten fortzusetzen und mit tunlichster Beschleunigung zum Abschluß zu bringen.

Auf ein schriftliches Abkommen, das die Gewerkschaften und die fortschrittlich gerichteten Beamtenvereine und Beamtenorganisationen beschließen kann, ist hierbei zu bestehen. Sollte ein solches Abkommen nicht zustande kommen, so besteht sich der Bundesausschuss die weitere Beschleunigung für seine nächste Sitzung vor.

Eine Sache, die auch vielen Gewerkschaftsgenossen am Herzen liegt, ist die Ansiedlung überschüssiger Industriearbeiter auf dem Lande. Genosse Georg Schmidt (Landarbeiterverband) leitete die Aussprache durch ein Referat ein, worin er hervor warnte, auf diese Sache übertriebene Hoffnungen zu setzen. Für ländliche Siedlungen sei der beste Boden gerade gut genug, und dieser sei in der Regel dafür nicht zu haben. Wohl könne man dafür eintreten, daß in der Umgegend von Großstädten für Industriearbeiter kleine Siedlungen errichtet werden. Man solle sich aber keine Hoffnungen machen über Siedlungen auf Ob- und Rostland. Gener

wandte er sich gegen die kommunistische Behauptung, daß die Landarbeiter die landwirtschaftliche Produktion kontrollieren könnten. Die Landarbeiter müßten erst zur Solidarität erzogen werden. In der Aussprache wandten sich mehrere Redner gegen die Verschlagung großer Güter zu Zwangsbetrieben.

Eine erste Frage ist die Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge. Genosse Cohen entwarf ein Bild von der ungeheuren Arbeitslosigkeit und der Schwierigkeit der Abhilfe. Es bleibe kein anderes Mittel als die Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend den Forderungen des A.D.G.B. Es ist nun versucht worden, die Unternehmer zu veranlassen, dieser Forderung freiwillig nachzukommen. Diese Versuche sind jedoch ergebnislos verlaufen. Man müsse nun versuchen, die Durchführung auf dem Verordnungswege zu erzwingen, vielleicht mit Hilfe des Reichstags.

Welche Maßregeln sind zunächst zu ergreifen, um den Arbeitslosen wirklich zu helfen? Wiederholt wurde betont, daß weder von den Freunden noch von den Gegnern des A.D.G.B. bessere Mittel zur Bänderung der Arbeitslosigkeit angegeben werden konnten. Zur Durchführung dieser Forderungen ist aber auch die Solidarität der in Arbeit stehenden notwendig. Es gelte, die Genossen darüber aufzuklären, damit sie dieses zeitweilige Opfer auf sich nehmen. Der Kampf um die Durchführung der zehn Forderungen dürfe jedoch nicht nur den Gewerkschaftsführern überlassen bleiben, sondern die Arbeiterchaft müsse sich selber daran beteiligen. Auf der Tagesordnung stand noch die Lösung des Anstufungsverhältnisses des Bundes der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten (Genosse Verband) zum A.D.G.B. Dieser hat sich feierlich entgegen dem Versprechen seines Vorstandes der Einheitsorganisation im Gastwirtschaftsbereich nicht angeschlossen. Der Bundesvorstand des A.D.G.B. teilte eine Kundgebung vom Vorstand des genannten Bundes mit, monach für diesen die Sache erledigt sei. Es ist bekannt geworden, daß der Bund zu den Christlichen übergegangen ist. Als freigezwergschaftliche Organisation im Gastwirtschaftsbereich kommt also nur der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten in Betracht.

Rampf der Betriebsräte

Die römische Sklaverei wurde nach dem Verfall des römischen Weltreiches durch die im Mittelalter in Europa überall entstehenden Feudalhöfe, durch die Leibeigenschaft abgelöst. Die Leibeigenen, die vor der Unterdrückung der Gewaltmenschen des Feudalabzels stützten, fanden in den entstehenden Städten Unterzug. Hier bildeten sie die Grundlage des Handwerkerverbandes, der durch die Arbeit so starkte, daß der Handwerkerstand eine Stütze erlebte. Die Entdeckung Amerikas und die dann folgenden Erfindungen, die der Produktion für das eigene Land eine andere an die Seite stellten und Ausfuhr und Produktion für die europäische Bedürfnisse gewährten Ausgewanderten ließen ließen, schafften aus dem Handwerksbetrieb den Großbetrieb (die Manufaktur). Das Kleinhandwerk ging unter. Das bestehende Bürgertum entfiel und sein altes beherrschendes Merkmal überwand spielend im 17. Jahrhundert in der englischen Revolution und im 18. Jahrhundert in Frankreich die feudale Kastei. Auch heute herrscht in Deutschland das bestehende Bürgertum, siehe Sinnes. Dieses Bürgertum hat sich den modernen Lohnsklaven geschaffen, den es halt, wenn es ihn braucht, und ihn wie eine ausgepreßte Zitrone liegen läßt, wenn es seiner nicht mehr bedarf. Aus diesen wenigen Strichen dürfte zu ersehen sein, daß die Befreiung des modernen Bürgerturns Bestrafung waren, daß der Faktor — die Arbeit — an ihrer Wiege stand und den Sieg über das Schwert errang. (Siehe die Weltmachthaltung des Industrielandes England.) Der letzte vermittelte Kampf, sich durch das Schwert Bestrafung anzueignen, ist 1918 in sich zusammengebrochen. Durch den Zwang der Entkündigung tritt das Schwert in den Hintergruud, trotz seiner die ganze Welt erschütternden Rolle, die es gespielt hat und die es jetzt noch spielt. In der Vordergrund tritt die Arbeit, die diese Gewaltmenschen zwingen wird (Kapp-Putsch). Zudem die Arbeit in den Vordergrund tritt, erreicht sich sofort die Frage: Wer ist der rechtmäßige Besitzer der Arbeitsprodukte, des Gesamtergebnis, die Arbeit, schafft, weht und wirkt, aber dies Bürgerturn, das gezeichnete Eigentum in Menge hat und damit durch die Arbeit und Schlauheit will gegen Volk steht!

Die Frage des Besitzrechtes ist akut! Um diese Frage zu lösen, werden die Betriebsräte die wichtigste Rolle spielen und sind sie zu lösen, noch viel leichter, als bei der englischen und französischen Revolution die Befreiung der feudalen Leibeigerten durch das tätige Bürgerturn geschah, das modern lebende Bürgerturn abgrenzte. Das Volk der Arbeit wird sich über die ganze Welt ausbreiten. Betriebsräte, ihr sollt gegen die Welttrump sein! Ihr sollt die Welt truppen und welches ist unsere wunde Stelle und zugleich die wunde Stelle des ganzen kapitalistischen Systems? Unfrei wunde Stelle ist, gesetzt den Fall, daß eine Situation wie im November 1918 oder März 1920 eintrete, wir nicht selbstbewußt genug sein können, bei der Rompligkeit der Betriebsratapparates schon eines einzelnen Betriebes oder kleinen Betriebes eine beherrschende Stellung einzunehmen. Die „Führer“, beherrschende Stellungen einzunehmen zu können, erziehen wir uns, wenn ein lauter Schrei nach Reinhalten und Entlohn der Volkswirtschaft, Betriebsräte und Arbeiterrecht von einem Leben abgesehen erde, versagen durch die den Sozialismus verheißenden Personen, die die Betriebsräte und Zusammenhänge des Niedergangs der Volk- und Weltwirtschaft und ihre Krisis zeigen und was sagen, wie die Menschen und Völker der Arbeit in der Wirtschaft sich zu ergehen haben. In der Betriebsräte wird den Betriebsräten der Name gesetzt werden müssen, der sie an den Arbeitsplatz stellt und ihnen den Will für das Ganze räumt. An jeder Stelle im Betrieb einen tüchtigen Menschen und damit Werkführer für Angestellte und Arbeiter der beschließenden Besatz zu haben, ist notwendig. Dieses keine Prophezeie, es spricht der Sinn des Betriebes und dessen, was geleistet werden soll innerhalb des Betriebes im Zusammenhang mit der Industrie. Jeder mußten wir uns darüber klar sein, welche Bedeutung der Betrieb hat, wenn es nicht kapitalistisch oder sozialistisch produziert. Das Arbeitsrecht muß eine solche Verfassung werden, daß die Freude davon allgemein wird. Dazu bedarf es der allerersteninstufigen Anerkennung der zehn Forderungen. Das sind die Betriebsräte! Schon heute ist auf diesem Gebiet von einzelnen Betriebsräten Ungleichheiten, aber doch Gesicht geleistet worden. In diesen Tagen und Revolution in die Reihen der Betriebsräte einzulegen, weil an diesen Stellen, wo wir unsere größten Schwächen haben, die überwunden werden müssen, die geistigen Vertreter des raubenden Bürgerturns unheilbar krank sind. Wenn unsere geistige Kraft in den Betrieben, den Industrien und in der ganzen Wirtschaft der Punkt liegt, in dem die Inzucht der Arbeiter und Angestellten — dies sind die Betriebsräte — über liegt und die die Arbeit und Schlauheit unserer heutigen wirtschaftlichen Rückwärts, die damit auch die Rückwärts des Einzelnen sind, gebildet sind, kann befehligen wir — nicht nur in der Arbeit — das Volk. Mit unserer Energie, Land, Rückwärts, Industrie und Eisenbahnarbeiter wird dann die Arbeit ihren vollen großen Sieg erringen, indem der verarbeitete Beschäftigte den gesamten Beschäftigten, das bestehende Bürgerturn (Doyergoße) ganz Feudalabel in die historische Erde stellt. So lange heißt es, wie es der wirtschaftliche Arbeit allein ist, gang im Rücken sich zu entwickeln, die einzelnen Betriebsratorganisationen der Industrie kriechen an die Eigentümer der Industrie anzuweisen. Ein etwas kleineres Tempo in der Zusammenfassung der Betriebsräte in Wirtschaftsbereichen anzuschlagen und auch der Industrie anzupassen, dazu ist der Zeitpunkt gekommen.

Mögen die politischen Ereignisse ihrem Hjadweg gehen, mit oder ohne Umsatzen, Wechsel der politischen Systeme, das, was die Betriebsräte auch in schwerer Arbeit mit Hilfe der geschäftlichen Stunde und der Erfüllung des ehernen Rufes der Arbeiterbewegung auch selbst errungen hat, kann sich niemand mehr entziehen. Betriebsräte, Kampf ist eure Arbeit und Arbeit euer Kampf, für eine Betriebsratgemeinschaft tätig zu sein. Eure Gemeinschaft als Betriebsräte, verschiedene Mitglieder umfassend, wird Richter sein für die Befreiung. Sein Richter, zeigt, daß das Prinzip des gemeinschaftlichen Geistes und der gemeinschaftlichen Arbeit über das Prinzip des Privatbesitzes der Alleinherrschaft liegt.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

Für die Woche vom 20. bis 27. März haben — wie in der Vorwoche — 686 Verwaltungen Berichte über die Arbeitslage in ihren Verwaltungsbezirken eingesandt. Die Berichterstattung erstreckt sich auf 25454 (Vorwoche 25457) Betriebe und 1920518 Arbeiter (Vorwoche 1922608). Von diesen waren:

Table with columns: Berichtswache, Betriebe absolut, Betriebe %, Arbeiter absolut, Arbeiter %, and Vorwoche. Rows: Vollbeschäftigt, Stillgelegt, Kurzarbeit.

Die Zahlen ergeben, daß sich gegen die Vorwoche die Zahl der Betriebe mit Kurzarbeit und der Kurzarbeiter ganz erheblich vermehrt hat. Die Gestaltung der Lage in den einzelnen Bezirken geht aus folgender Tabelle hervor.

Table with columns: Bezirk, Vollbeschäftigt, Stillgelegt, Kurzarbeit, and sub-columns for each. Lists various German states like Königsberg, Stettin, Breslau, etc.

Zusammen: 686, 25454, 1920518, 23068, 1764287, 248, 5218, 2138, 181003

Vorwoche: 686, 25457, 1922608, 23251, 1768212, 245, 5198, 1601, 182188. Die Zahl der beobachteten Orte ist ganz erheblich größer als die Angaben in dieser Spalte. Der Umfangbereich sehr vieler Verwaltungen erstreckt sich auf mehrere Orte, ein Teil der Verwaltungen erfasst ganz Industriegebiete. Eine Lösung der beobachteten Orte erfolgt nicht.

Gegen die Vorwoche war die Zahl der Vollbeschäftigten größer; in den Bezirken Königsberg, Brandenburg, Erfurt und Hamburg; in allen andern Bezirken blieb die Zahl dieselbe oder war sie geringer.

Die Zahl der Kurzarbeiter war gegen die Vorwoche geringer oder gleich im Bezirk Königsberg, Stettin, Brandenburg, Erfurt, Halle, Hamburg, Wiesfeld, Essen und Nürnberg; in den übrigen Bezirken trat ein Zunahme ein. Diese ist besonders groß in den Bezirken Dresden, Frankfurt und Stuttgart. Im Bezirk Stuttgart sind in der Berichtswache 10888 Kurzarbeiter mehr gezählt worden als in der Vorwoche. Von dem Mehr entfallen auf Pflanzheim 8000 und auf Singen 1800.

Das Ergebnis der Erhebungen über die Dauer der Kurzarbeit ist in folgenden Zahlen enthalten. Es arbeiteten:

Table with columns: Stunden, Betriebe, Arbeiter, in der Berichtswache, in der Vorwoche.

Die Zahl der durch die Erhebung festgestellten Arbeitslosen betrug (einschließlich Berlin) 1513864. Von diesen waren 23608 arbeitslos, 109708 Kurzarbeiter. Das sind 2,8% v. S. (Vorwoche 2,88% Arbeitslose, 7,24% v. S. (Vorwoche 6,98% Kurzarbeiter). Im Vergleich ist die Zahl der Arbeitslosen und insbesondere der Kurzarbeiter erheblich größer. Einem Teil der Verwaltungen ist es immer noch nicht möglich, genaue Angaben zu machen.

Die Zahl der festgestellten Empfänger von Arbeitslosenunterstützung beträgt 25134 (Vorwoche 25481), die Summe der in der Berichtswache vom Verband bezahlten Arbeitslosenunterstützung betrug 418826 M. (Vorwoche 324270 M.).

Ein krankes Volk

Von Dr. E. Luczakki, Internist des Charité-Krankenhauses in Berlin-Schlachtereck.

Das deutsche Volk ist ein krankes Volk. Der deutsche Gesundheitszustand ist ein trübseliges Bild. Die Geburtenzahl ist auf einen historischen Tiefpunkt gesunken. Die Sterblichkeitszahl ist auf einen historischen Höchstpunkt gestiegen. Die deutsche Bevölkerung ist im Alter und in der Krankheit verfallen. Die deutsche Nation ist ein Volk, das sich selbst zu Grunde richtet.

Table with columns: 1. Sterblichkeitsrate 1919, 2. Sterblichkeitsrate 1920, 3. Geburtenrate 1919, 4. Geburtenrate 1920.

Dieser Rückgang der Geburten im Laufe von 1920 ist nun so erschreckend, als die Zahl der Beschäftigten außerordentlich hoch war. Zudem doch im Deutschen Reich im 1. Vierteljahr 1920 doppelt so viele Ehen geschlossen wie im 1. Vierteljahr 1913. Demgegenüber ist es wenig besorglich, daß die Sterblichkeitsrate jetzt nur etwa ebenso hoch ist wie vor dem Kriege und daß wir infolge dessen jetzt noch einen Geburtenüberschuss von bloß 40000 Kindern im Monat haben (gegenüber 60000 auf dem gleichen Gebiete vor dem Kriege). Denn dieser Geburtenüberschuss beruht nur darauf, daß Hunderttausende von Beschäftigten, die infolge des Krieges aufgeschoben waren, nachgeholt wurden und daß der Anteil der Bevölkerung im lebensfähigsten Alter besonders hoch ist. Es läßt sich unmöglich voraussagen, daß der Geburtenüberschuss bald sinken und sich umkehren in ein Geburtendefizit verandern wird, wenn erst — in 12 bis 15 Jahren — die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter infolge allzu häufliger Schwangerschaften allmählich sinken und kleiner wird.

Reichsarbeitsministerium gegen Reichsarbeitsministerium

Der Reichsarbeitsrat im Reichsverband sowie die Ausschreibung in der II. Woche beendet worden. Das der Staat so lange dauerte...

Nach dieser Begründung waren die Streitenden und ihre Vertreter selbstverständlich der Meinung, dass das zweite Schlichtungsverfahren zu Recht eingeleitet war...

Das Reichsarbeitsministerium hat also den Einzelfall nicht sorgfältig geprüft. Hier zeigt es sich mit der Begründung der materiellen Seite...

Das Reichsarbeitsministerium hat also den Einzelfall nicht sorgfältig geprüft. Hier zeigt es sich mit der Begründung der materiellen Seite...

Aus dem Bereiche der Betriebsräte

Wahrung von Gewerkschaftsinteressen und Geltendmachung einer Vertretung in den Betriebsräten

Die im März vergangenen Jahres durchgeführte Wahl zum Reichsarbeitsrat...

(Schreibungen nicht mehr zu leisten, alles durch die Spitze, welche das Ganze dann ihrer großen Macht und Verbindungen...

Das Gesetz über die Betriebsbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vom 5. Februar 1921

welches auf Grund des § 72 des Betriebsrätegesetzes erlassen ist, stellt die Betriebsvertretungen vor neue wichtige Aufgaben. Es ist den Betriebsvertretungen Gelegenheit gegeben, auf Grund dieses Gesetzes...

Der Abwehrkampf in Luxemburg

Die herrschende Klasse zeigt die Herrschaftsgelüste der Kapitalisten in allen Ländern. Die gewaltige Arbeitslosigkeit versuchen sie überall auszunutzen zur Durchdringung von Verschleierungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen...

Zu Beginn des Kampfs war es ein Kampf. Er lag die beiden Seiten wie ein mächtiges Ungeheuer vor der Parole der Unternehmer. Der Lohnkampf sollte nicht nur gewonnen werden...

Das Gewerkschaftsorganisationsamt mit Sachverständigen und Reichsarbeitsrat als Berater... Die Arbeiter sind sich bewusst, dass sie nur durch die Kraft ihrer eigenen Organisation...

machte unter der Ducht der Verhältnisse unterlegen. Unter den günstigsten Verhältnissen musste die Arbeit wieder aufgenommen werden. 6000 Mann, die Besetzung zweier großer Werke...

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 17. April ist der 17. Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. April 1921 fällig.

Bei Aufschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 A, zu verwenden...

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verordnungen in der angegebenen Höhe genehmigt

Table with columns: Verwaltung, für die Mitglieder der Beitragsklasse (I, II, III), Beginn der Beitragsperiode

Gräfenthal 80 80 10 10. Beitragswoche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Der Schlosser Friedrich Jache, geb. am 8. August 1885 in Berlin...

Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle Danzig: Der Elektromonteur Friedrich Jerecsek, geb. am 22. April 1888 in Ventsau...

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

- von Drahtziehern nach Magdeburg (Otto Mansfeld & Co., Silberfabrik und Präzisionszylinderwerk und Carl Wüsthoffen, Drahtseil- und Hanftauwerk) D.;

A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; H. = Streit in Werk; G. = Streit; R. = Forderung; M. = Mitgliedschaft; K. = Kampfergebnis.

Die Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Sperrung von Sperrern müssen von den Ortsvereinigungen und Bezirksleitungen eingewickelt werden...

Berichte

Kauf- und Wagenschlede.

Berlin. Seit April 1920, also seit 11 Monaten, stehen die Arbeiter obiger Berufsgruppe in Verhandlungen. Die Verhandlung bezieht sich auf die Lohnfrage...

Metallarbeiter.

Bremen. Das Ergebnis der am 2. März stattgefundenen Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes wurde von einer organisierten Arbeiterbewegung mit großer Spannung erwartet...

günstige Gelegenheit. Fleißhaft wurde schon wochenlang vorher gearbeitet... Die Mehrzahl der hiesigen Mitgliedschaft steht auf dem Boden der

Wagdeburg. Die Generalversammlung hatte einen Versuch auszuwickeln, der über den normalen der üblichen Versammlungen

Freie. Deren Zweck es ist, die in den letzten Jahren besonders den christlichen Metallarbeiterverband, angeleitet sein

Winden und Umgebung. Seit dem 1. Februar stehen die Metallarbeiter von

Wien. Die Verwaltungsstelle des D. M. B. ist seit der Spaltung der U. S. B. D. und der E. S. B. D. im Kreis Guben geworden

Stellen sie den Antrag, einen Referenten und Korreferenten zu stellen. Die

Summersbach. Die Betriebsräte wählen in der Metallindustrie des

Wagdeburg. Die Generalversammlung hatte einen Versuch auszuwickeln, der über den normalen der üblichen Versammlungen

Freie. Deren Zweck es ist, die in den letzten Jahren besonders den christlichen Metallarbeiterverband, angeleitet sein

Winden und Umgebung. Seit dem 1. Februar stehen die Metallarbeiter von

Wien. Die Verwaltungsstelle des D. M. B. ist seit der Spaltung der U. S. B. D. und der E. S. B. D. im Kreis Guben geworden

einzuordnen, um die Anlagen vor der Vernichtung zu retten. Ein

Kassel i. Sa. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

Frankfurt a. M. Das sich ein Unternehmer gegen seine Arbeiter erlaubt, derschuldigen

